



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

24/2015 12.06.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 153/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Bildung und Frauen, mit der die **Leistungsbeurteilungsverordnung** geändert wird

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 141 v 05.06.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die **Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers** und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 1781/2006

[ABI L 141 v 05.06.2015, 19](#)

Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über **Insolvenzverfahren**

[ABI L 141 v 05.06.2015, 73](#)

Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur **Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung**, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

22.04.2015, [2012/10/0180](#)

Oö Natur- und LandschaftsschutzG; Auftrag zur Einstellung bewilligungslos durchgeführter geländegestaltender Maßnahmen und zur Wiederherstellung des vorherigen Zustands; aufgrund des untrennbaren Zusammenhangs zwischen dem Auftrag zur Wiederherstellung und den **auf dem veränderten Gelände befindlichen baulichen Anlagen** kann der belangten Behörde nicht entgegen getreten werden, wenn sie dem Bf nicht nur auftrag, das Gelände an das ursprüngliche Geländeprofil anzugleichen, sondern auch die baulichen Anlagen abzutragen

23.04.2015, [2012/07/0196](#)

WasserrechtsG; **Fischereiberechtigten** kommt im wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren betreffend die Errichtung und den Betrieb eines Tiefbrunnens **Parteistellung** gem § 102 Abs 1 lit b WasserrechtsG nur zu, wenn eine Beeinträchtigung ihres Fischereirechts durch die projektgemäße Ausübung des mit der Bewilligung verliehenen Rechts nicht auszuschließen ist; ob eine Beeinträchtigung tatsächlich stattfindet, ist Gegenstand des Verfahrens

23.04.2015, [2012/07/0222](#)

AVG; bei einer fehlerhaften Übersendung einer **Eingabe per E-Mail** durch einen rechtskundigen Parteienvertreter liegt kein minderer Grad des Versehens iSd § 71 Abs 1 AVG vor, wenn die Überprüfung der Übermittlung des E-Mails nicht durch Kontrolle in dem dafür vorgesehenen Ordner der versendeten Nachrichten unmittelbar nach Absendung erfolgt ist

23.04.2015, [2013/07/0184](#)

WasserrechtsG; „**Betroffener**“ iSd § 138 Abs 1 **WasserrechtsG** ist nur, in wessen Rechte durch die eigenmächtige Neuerung eingegriffen wird; als solche Rechte kommen nur die im § 12 Abs 2 WasserrechtsG angeführten in Betracht, nämlich rechtmäßig geübte Wassernutzungen mit Ausnahme des Gemeingebrauchs, Nutzungsbefugnisse nach § 5 Abs 2 leg cit und das Grundeigentum

23.04.2015, [2013/07/0199](#)

WasserrechtsG; für die notwendige **Zustimmung des Grundeigentümers** zu einer nach § 38 WasserrechtsG bewilligungspflichtigen Maßnahme sind die in den Bestandverträgen enthaltenen Passagen, in denen als Zweck „die Errichtung und der Betrieb eines Sport- und Freizeitbetriebs“ oder eines „Gastronomiebetriebs“ etc vorgesehen ist, zu unbestimmt; selbst wenn man die Erklärung als „Zustimmung“ interpretierte, wäre eine nachträgliche Verweigerung der Zustimmung im Rahmen des Bewilligungsverfahrens jedenfalls möglich

29.04.2015, [2012/06/0075](#)

Stmk BauG; Antrag auf Baubewilligung für einen Schweinestall; wesentlicher Verfahrensmangel wegen fehlender **Einräumung des Parteiengehörs** zu einem **Amtssachverständigengutachten**; die Bf haben in ihrer Vorstellung begründet die Ausführungen des Amtssachverständigen in Frage gestellt, insb im Hinblick auf das Vorliegen einer Geruchsbelästigung; damit wurde auch die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit der Sachverständigenäußerung zutreffend in Frage gestellt, wofür es nicht nötig ist, den Darlegungen des Sachverständigen auf gleicher fachlicher Ebene entgegenzutreten

29.04.2015, [2013/03/0010](#)

EisenbahnG; die **Auflassung einer Eisenbahnkreuzung** nach § 48 Abs 1 Z 2 EisenbahnG setzt voraus, dass das verbleibende Wegenetz den Verkehrserfordernissen entspricht und die allenfalls erforderliche Umgestaltung des Wegenetzes oder die Durchführung von allfälligen Ersatzmaßnahmen den Verkehrsträgern wirtschaftlich zumutbar sind; die Ersatzlösung muss den bestehenden Erfordernissen des Straßenverkehrs über die aufgelassene Eisenbahnkreuzung gerecht werden; die betroffene Gemeinde hat keinen Anspruch auf Erhalt des bestehenden Wegenetzes samt den vorhandenen Eisenbahnkreuzungen oder auf möglichst kurze Verbindungen zwischen einzelnen Ortsteilen der Gemeinde

29.04.2015, [2013/03/0157](#)

LuftfahrtG; für die Einschätzung der öffentlichen Interessen, die gegen **Außenabflüge bzw Außenlandungen** sprechen, sind Feststellungen zur Lage des Start- und Landeplatzes, zur geplanten Flugroute, zum bereits vorhandenen Geräusch-

pegel und zur Geräuschimmission der Luftfahrzeuge erforderlich; es liegt am Antragsteller, die vorgesehenen Plätze derart zu konkretisieren, dass die belangte Behörde in der Lage ist, die Beurteilung nach § 9 Abs 2 LuftfahrtG vorzunehmen

29.04.2015, [Ro 2014/03/0081](#)

TelekommunikationsG; § 85a Z 4 TelekommunikationsG ermöglicht der zuständigen Behörde bei Nichtvorliegen einer erforderlichen Bewilligung den Betrieb einer Funkanlage zu untersagen; selbst wenn man annimmt, dass eine **Funkanlage ohne Bewilligung betrieben** wird, besteht nach dieser Bestimmung **kein subjektives Recht eines Nachbarn** darauf, dass die Fernmeldebehörde die Einstellung des Betriebs dieser Funkanlage verfügt

C. Verwaltungsgerichte

LVwG NÖ 13.03.2015, [LVwG-KO-14-2005](#)

KraftfahrG; jede Verwendung eines „Handys“ ohne Freisprecheinrichtung zu Fernsprechzwecken unterliegt dem Verbot, während des Fahrens ohne Freisprecheinrichtung zu telefonieren; trotz allerlei möglicher Zusatzfunktionen bei **Smartphones** besteht der primäre Verwendungszweck in der Verwendung zu Fernsprechzwecken; da die Tätigkeiten des Haltens eines Handys zu Fernsprechzwecken und des Haltens eines Handys zu anderen Zwecken (zB **Überprüfung von Kalendereinträgen**) für ein Straßenorgan nicht unterscheidbar sind, muss nach Auffassung des VwG bei einer wahrgenommenen Verwendung eines Handys davon ausgegangen werden, dass – sofern der Angehaltene nicht das Gegenteil zu beweisen vermag – die Verwendung des Handys zu Fernsprechzwecken erfolgt ist

LVwG NÖ 19.03.2015, [LVwG-AB-12-1061 ua](#)

GewO; nach stRsp des VwGH kommt **Nachbarn in Anzeigeverfahren nach § 81 Abs 3 GewO** keine Parteistellung zu; dagegen ist nach der Rsp des VfGH § 81 Abs 3 iVm § 345 Abs 6 GewO verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass Nachbarn ein rechtliches Interesse an der Überprüfung der Voraussetzungen des § 81 Abs 3 iVm § 81 Abs 2 Z 9 GewO und daher eine auf die Beurteilung dieser Frage **beschränkte Parteistellung** zukommt; das LVwG NÖ schließt sich der verfassungskonformen Interpretation des VfGH an

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[10.06.2015, Rs C-686/13, X](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – **Niederlassungsfreiheit** – Steuerrecht – Körperschaftsteuer – Geschäftszwecken dienende Anteile – Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats, die **Gewinne von der Steuer befreien** und dementsprechend die **Abzugsfähigkeit von Verlusten** ausschließen – Veräußerung von an einer gebietsfremden Tochtergesellschaft gehaltenen Anteilen durch eine gebietsansässige Gesellschaft – Aus einem **Wechselkursverlust** entstandener Verlust

[11.06.2015, verb Rs C-226/13, C-245/13, C-247/13 und C-578/13, Fahnenbrock](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – **Zustellung** gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke – Verordnung (EG) Nr 1393/2007 – Art 1 Abs 1 – **Begriff ‚Zivil- oder Handelssachen‘** – Haftung des Staates für ‚*acta iure imperii*‘

[11.06.2015, Rs C-554/13, Zh und O](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2008/115/EG – **Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Art 7 Abs 4 – **Begriff ‚Risiko für die öffentliche Ordnung‘** – Voraussetzungen, unter denen die Mitgliedstaaten davon absehen können, eine **Frist für die freiwillige Ausreise** zu gewähren, oder eine **Ausreisefrist von weniger als sieben Tagen** einräumen können

[11.06.2015, Rs C-649/13, Comité d'entreprise de Nortel Networks ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 2 Buchst g, Art 3 Abs 2 und Art 27 – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Hauptinsolvenzverfahren** – Sekundärinsolvenzverfahren – **Kompetenzkonflikt** – **Ausschließliche oder alternative Zuständigkeit** – Bestimmung des anwendbaren Rechts – Bestimmung der Vermögensgegenstände des Schuldners, die in das Sekundärinsolvenzverfahren fallen – Bestimmung des **Belegenheitsorts** dieser Vermögensgegenstände – **In einem Drittstaat belegene Vermögensgegenstände**

[11.06.2015, Rs C-1/14, Base Company und Mobistar](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektronische Kommunikationsnetze** und -dienste – Richtlinie 2002/22/EG – Art 4, 9, 13 und 32 – Universaldienstverpflichtungen und **soziale Verpflichtungen** – Bereitstellung des Zugangs an einem festen Standort und Erbringung von Telefondiensten – **Erschwinglichkeit der Tarife** – Besondere Tarifoptionen – Finanzierung der **Universaldienstverpflichtungen** – Zusätzliche Pflichtdienste – Mobile Kommunikationsdienste und/oder Internetabonnements

[11.06.2015, Rs C-29/14, Kommission / Polen](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Öffentliche Gesundheit** – Richtlinie 2004/23/EG – Richtlinie 2006/17/EG – Richtlinie 2006/86/EG – Ausschluss von **Keimzellen, fötalem und embryonalem Gewebe** vom Anwendungsbereich einer nationalen Regelung zur **Umsetzung dieser Richtlinien**

[11.06.2015, Rs C-51/14, Pfeifer & Langen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Gemeinsame Marktorganisation – **Zucker** – Vergütung der Lagerkosten – Verordnung (EWG) Nr 1998/78 – Art 14 Abs 3 – Verordnung (EWG) Nr 2670/81 – Art 2 Abs 2 – **Austausch von C-Zucker bei der Ausfuhr** – Voraussetzungen – Gegenständlicher Austausch des C-Zuckers und des Austauschzuckers – Austausch nur gegen Zucker, der von einem anderen im Hoheitsgebiet desselben Mitgliedstaats ansässigen Hersteller erzeugt wurde – **Gültigkeit** gemessen an den Art 34 AEUV und 35 AEUV

[11.06.2015, Rs C-52/14, Pfeifer & Langen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union** – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Art 3 Abs 1 – Verjährungsfrist – Verjährungsbeginn – **Wiederholte Unregelmäßigkeiten** – Unterbrechung der Verjährung – Voraussetzungen – **Zuständige Behörde** – Betreffende Person – **Ermittlungs- oder Verfolgungshandlung** – **Frist**, die doppelt so lang ist wie die Verjährungsfrist

[11.06.2015, Rs C-58/14, Amazon EU](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – Zollunion und **Gemeinsamer Zolltarif** – Kombinierte Nomenklatur – Position 8543 70 – **Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte, mit eigener Funktion**, in Kapitel 85 der Kombinierten Nomenklatur anderweit weder genannt noch inbegriffen – Unterpositionen 8543 70 10 und 8543 70 90 – Lesegeräte für **elektronische Bücher mit Übersetzungs- oder Wörterbuchfunktion**

[11.06.2015, Rs C-98/14, Berlington Hungary ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** – **Glücksspiele** – Nationale Steuern auf den Betrieb von **Geldspielautomaten, die in Spielhallen aufgestellt** sind – Nationale Rechtsvorschriften, die den Betrieb von **Geldspielautomaten außerhalb von Spielkasinos verbieten** – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes – Richtlinie 98/34/EG – Pflicht, der Kommission Entwürfe von technischen Vorschriften zu übermitteln – **Haftung des Mitgliedstaats** für Schäden, die durch Rechtsvorschriften verursacht werden, die gegen das Unionsrecht verstoßen

[11.06.2015, Rs C-256/14, Lisboagás GDL](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 9, 73, 78 Abs 1 Buchst a und 79 Abs 1 Buchst c – Besteuerungsgrundlage – Einbeziehung des Betrags der von einer Gesellschaft mit Gasversorgungsnetzkonzeption entrichteten kommunalen **Abgaben auf die Inanspruchnahme des Untergrunds** in die **Besteuerungsgrundlage** der Mehrwertsteuer, die auf die von dieser Gesellschaft an die Gasvertriebsgesellschaft erbrachte Dienstleistung anzuwenden ist

B. Schlussanträge

[11.06.2015, Rs C-552/13, Grupo Hospitalario Quirón \(GA Szpunar\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verfahren zur **Vergabe öffentlicher Aufträge** – Richtlinie 2004/18/EG – Art 2 und Art 23 Abs 2 – Grundsatz der **Gleichbehandlung der Wirtschaftsteilnehmer** – Gesundheitsdienstleistungen – Erfordernis der Erbringung der Dienstleistung ausschließlich in Einrichtungen in der betreffenden Gemeinde

[11.06.2015, Rs C-572/13, Hewlett-Packard Belgium \(GA Cruz Villalón\)](#)

Rechtsangleichung – **Geistiges Eigentum** – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Ausschließliches **Vervielfältigungsrecht** – Ausnahmen und Beschränkungen – Art 5 Abs 2 Buchst a und b – Ausnahme für Reprografie – Ausnahme für Privatkopien – **Begriff ‚gerechter Ausgleich‘** – Erhebung einer Vergütung als gerechter Ausgleich auf Multifunktionsdrucker – **Kumulierung von pauschaler und anteiliger Vergütung** – Berechnungsmethode – Begünstigte des gerechten Ausgleichs – Urheber und Verleger

[11.06.2015, Rs C-59/14, Firma Ernst Kollmer Fleischimport und -export \(GA Cruz Villalón\)](#)

Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – **Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union** – Art 3 Abs 1 – Rückforderung einer Ausfuhrerstattung – Vorfinanzierung – Verjährungsfrist – Beginn – **Handlung oder Unterlassung des Wirtschaftsteilnehmers** – Schadenseintritt – Freigabe der Sicherheit – **Andauernder oder wiederholter Verstoß – Punktueller Verstoß**

[11.06.2015, Rs C-215/14, Société des Produits Nestlé \(GA Wathelet\)](#)

Marken – Richtlinie 2008/95/EG – Art 3 Abs 1 Buchst e – **Begriff ‚infolge Benutzung erworbene Unterscheidungskraft‘** – **Dreidimensionale Marke** – Zeichen, das sowohl aus der Form, die durch die Art der Ware selbst bedingt ist, als auch aus der Form besteht, die zur Erreichung einer technischen Wirkung erforderlich ist – **Schokoriegel Kit Kat**

[11.06.2015, Rs C-386/14, Groupe Steria \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – **Niederlassungsfreiheit** – Art 4 Abs 2 der Richtlinie 90/435/EWG – **Grenzüberschreitende Gewinnausschüttungen** – **Nationale Körperschaftsteuer** – Konzernbesteuerung (französische „intégration fiscale“) – Steuerbefreiung für **Erträge aus Beteiligungen** – Nicht abzehbare Kosten der Beteiligung – Gewinnausschüttungen gebietsfremder Tochtergesellschaften

C. Gericht

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

05.06.2015, Beschwerde Nr. [46043/14](#), *Lambert ua / Frankreich*

Keine Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); Durchführung eines Urteils, das das **Absetzen der künstlichen Ernährung eines Wachkomapatienten** anordnet, **nicht konventionswidrig**; kein europäischer Konsens hinsichtlich der Zulässigkeit des Absetzens lebenserhaltender Maßnahmen, daher **großer Ermessensspielraum** der Staaten; Erfüllung der positiven Verpflichtungen gemäß Art 2 EMRK im vorliegenden Fall, da hinreichende gesetzliche Rahmenbedingungen existieren und eine umfassende, sorgfältige Prüfung (Experten aus Medizin und Ethik) im Fall der Bf erfolgte

11.06.2015, Beschwerde Nr. [19844/08](#), *Becker / Österreich*

Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren, da im Verfahren über den **Führerscheinentzug** des Bf **keine mündliche Verhandlung** durchgeführt worden war

11.06.2015, Beschwerde Nr. [31953/11](#), *Tahirov / Aserbaidshan*

Verletzung von Art 3 1. ZP EMRK (Recht auf freie Wahlen); konventionswidrige Verweigerung der **Kandidatur** des unabhängigen Bf für die **Parlamentswahlen** 2010; obwohl gesetzlich möglich, war dem Bf die Ergreifung eines Rechtsmittel zum Schutz gegen **Willkür** im Verfahren zur Überprüfung seiner Unterstützungsunterschriften verwehrt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Jakob Dietrich;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.